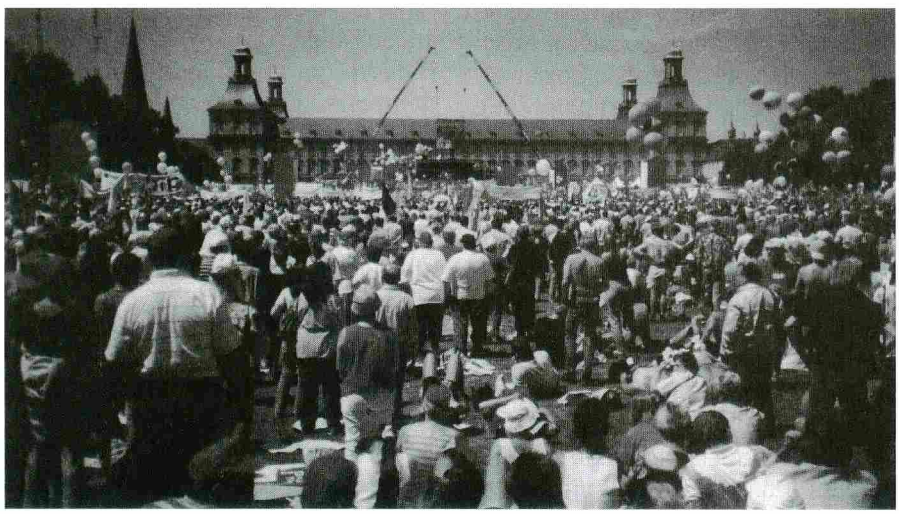
blickpunkt

306 6/96

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

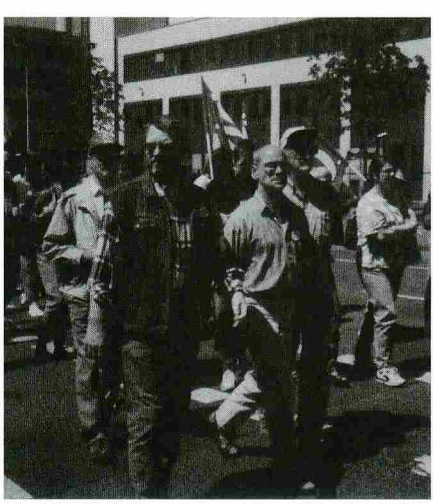


Rote Karte für Kohl!

Bonn erlebte die bisher größte DGB-Aktion in der Geschichte der BRD. Der Protest gegen die unsozialen Sparpläne der Regierung vereinte Gewerkschafter aus allen Teilen des Landes. Auch aus Mörfelden-Walldorf waren viele nach Bonn gefahren. Die Fraktion der DKP/OL war vertreten.

„Kohl muß weg!" forderten mehr als 350.000 Teilnehmer. Auf der Hauptkundgebung im Hofgarten griff DGB-Vorsitzender Schulte die Regierung und die Spitzen der Großkonzerne an. Diese Nieten in Nadelstreifen würden die BRD mehr schädigen als alle Blaumacher. Das als Sparpaket getarnte Programm zum Sozialabbau müsse vom Tisch. Suchten Unternehmer und Kohl-Regierung den Konflikt, dann würden die Gewerkschaften gebührend antworten.

Mit der Bonner Demo sei eine neue soziale Bewegung entstanden, erklärte Schulte. Ursula Engelen-Kefer, DGB-Vize, sagte, den Gewerkschaften sei es gelungen, weitere Bündnispartner gegen Sozialabbau zu gewinnen. Auf den Kundgebungen in Bonn hatten auch die Bischöfin Maria Jepsen, Vertreterinnen des Deutschen Frauenrates, der Studenten und von Sozialverbänden gesprochen. SPD, Bündnis90/Grüne,PDS und DKP unterstützten die Demonstration. Die Gewerkschaften wollen ihre Aktionen auch über den Sommer fortsetzen. Viele Demonstranten befürworteten auf Plakaten Streik als Mittel zum Kampf.



Deutschland 1996:

Sozialer Kahlschlag bis zum Abwinken

Wir erleben gegenwärtig eine Politik des Sozialabbaus auf breitester Front, die vor praktisch keiner sozialen Errungenschaft, die sich die Arbeiter und Angestellten in den vergangenen Jahrzehnten erkämpft haben, haltmacht. Vorläufiger Höhepunkt ist das sogenannte „Bonner Sparpaket", das an sich Leistungsverweigerungspaket heißen müßte. Denn darum geht es im Kern: Um die Verweigerung sozialer Leistungen für die Masse der Bevölkerung, während den Superreichen üppigst aufgetischt wird. Folgendes ist u.a. geplant:

Einfrieren bzw. Kürzen von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Unterhaltsgeld.

Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall um 20%, Kürzung des Krankengeldes um 10%, Einsatz von Urlaubstagen bei Kuren.

Einschränkung des Kündigungsschutzes in den Betrieben.

Einschnitte bei den Renten, Erhöhung des Rentenalters und vieles mehr.

Dagegen sollen Vermögens- und Körperschaftssteuer wegfallen und große Erbschaften und Privatvillen von der Erbschaftssteuer befreit werden! Ein wahrhaft ausgewogenes Paket aus Bonn.

Aber auch auf Länderebene will man den Bürgern jetzt verstärkt ans Einge-

(Fortsetzung nächste Seite)

machte. Eine „neutrale" Arbeitsgruppe der Bundesländer hat jetzt eine Liste von Sparvorschlägen „ohne Tabus und politische Gewichtung"(!) vorgelegt. Auch wenn sich die Bundesländer bislang noch nicht auf ein einheitliches „Spar"konzept einigen konnten, ist doch die generelle Marschrichtung vorgezeichnet. Zu den Kürzungsvorschlägen im Gesamtvolumen von 38 Milliarden DM zählen u.a.:

Gehaltsnullrunden für Beamte sowie die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche im Öffentlichen Dienst.

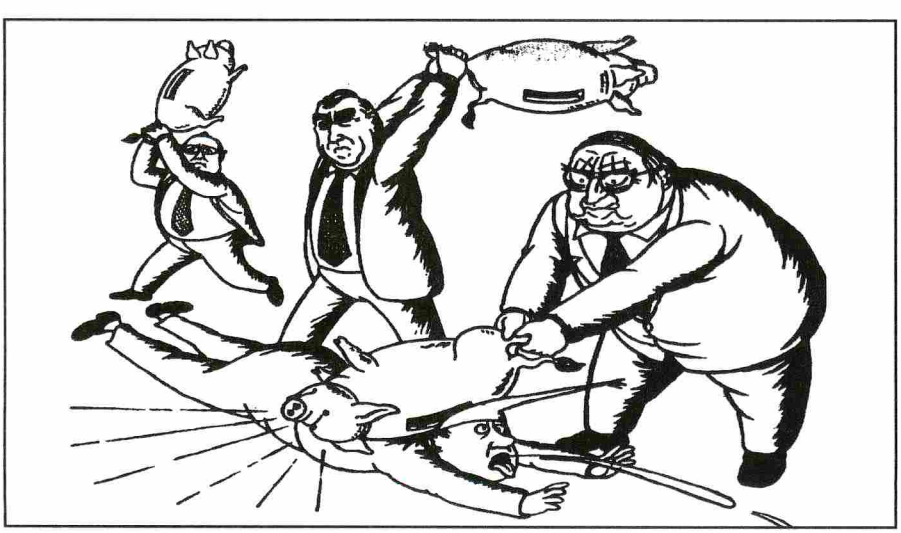
Senkung der Sozialhilfe auf das Existenzminimum.

Streichung der Ausbildungsförderung für Schüler, Umstellen des Bafög auf Darlehen.

Streichung des 13. Schuljahres sowie Einsparungen beim Wohngeld.

Wie man sieht, hat man hier tatsächlich kein Tabu gelten lassen - außer einem: nämlich, daß man die Banken, Konzerne und Superreichen bei der Rotstiftorgie gefälligst ungeschoren läßt. Und genau das macht Sinn bei der Politik des sozialen Kahlschlags. Denn nur für sie - für die Banken, Konzerne und Supperreichen - wird dieses grausame Spiel ja veranstaltet. Erklärtes Ziel ist nämlich nicht die Sanierung irgendwelcher öffentlichen Haushalte oder der Renten- und Krankenkassen (die werden weiterhin von den Verantwortlichen schamlos ausgeplündert), Ziel ist allein die Kostensenkung für das Kapital, um,wie es heißt, den „Industriestandort Deutschland" zu sichern. Deshalb wird an uns gespart, was das Zeug hält, aber ihnen wird aus dem Vollen gegeben!
„Erst wenn der Taiwanese sein T-Shirt in Dresden nähen läßt, dann ist der Standort Deutschland gesichert." Ob dieser Satz so wirklich von Bonner Koalitionspolitikern stammt, wie kolportiert wird, ist unerheblich. Ihre Politik atmet diesen Geist, und es besteht kein Zweifel daran, daß die Reise genau da hingehen soll. Das Kapital will den vogelfreien Arbeiter, der mobil und flexibel heute hier, morgen dort seine Arbeitskraft weitgehend zu den Bedingungen des Kapitals anbietet, ohne Rechte im Betrieb ausgestattet nur noch zeitlich befristete Jobs ohne Sozialversicherungsanspruch verrichtet und damit aber ohne nennenswerte Alterssicherung dasteht!

Es geht also heute nicht um ein bißchen Sozialabbau hier oder dort. Es geht um die Zerschlagung des gesamten Systems der sozialen Sicherung und die Installierung einer Ordnung, in der unter der irreführenden Vokabel „mehr Eigenverantwortung des Einzelnen" der Staat sich aus der sozialen Verantwortung stiehlt und die Bürger bewußt in eine brutale Ellenbogengesellschaft entläßt, in der der Stärkere (oder Gerissenere oder Kriminellere...) sich durchsetzt.
Und dies alles wird so laufen, wie Kohl, Kanther & Co es sich vorstellen, wenn... ja wenn nicht mehr Widerstand dagegen entwickelt wird. Wenn nicht bald eine Massenbewegung zur Zurückweisung des sozialen Kahlschlags in unserem Land entsteht, kann der Kanzler tatsächlich unbeeindruckt von öffentlichen Protesten weiter zuschlagen. Der 15. Juni in Bonn war ein erster Lichtblick. Jetzt muß es weitergehen!



LINKE RUNDE

DISKUSSIONSFORUM DER DKP MÖRFELDEN-WALLDORF

10. Juli 1996
Frauen - Verliererinnen der deutschen Einheit?
Diskussion mit Sonja Kiesbauer, Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsgruppe

24. Juli 1996
Das Ozonloch.
Sommer - und keiner kann ins Freie?
Dipl.-Ing. Gernot Linhart über Probleme, die unter die Haut gehen

4. September 1996
Der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
. . . und wie weiter?
Referat und Gespräch mit Dr. Ellen Weber

30. Oktober 1996
Jeder wird alt - und dann?
Neues von der Pflegeversicherung
Mit Edith Dinkelaker, Leiterin des Altenhilfezentrums Mörfelden

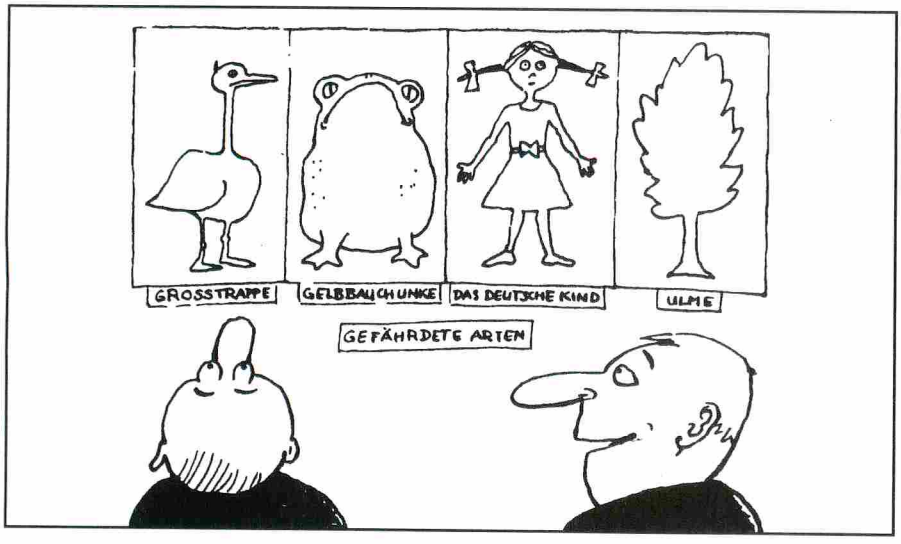
Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Alle Veranstaltungen sind öffentlich und beginnen jeweils um 20 Uhr im Bürgerhaus Mörfelden, Klubraum

Unsere kommunistische Plattform

UZ Zeitung der DKP

Ab 1. Juli wieder wöchentlich!



Das Elend der Kinder wächst weltweit

Im Jahresbericht des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen ist zu lesen: Weltweit leiden 165 Millionen Kinder an mangelnder Ernährung. Über die Hälfte von ihnen lebt in drei asiatischen Staaten: Indien, Pakistan und Bangladesh. In Afrika - ausgenommen Kriegs- und Katastrophengebiete - stellte UNICEF bei 30 Prozent der Mädchen und Jungen Ernährungsmangel fest. Häufig kommen Kinder untergewichtig zur Welt, weil ihre Mütter schlecht ernährt und gesundheitlich geschwächt sind. Täglich sterben 1600 Frauen an den Folgen von Schwangerschaft und Geburt.

Zur erschreckenden Jahresbilanz, über die UNICEF auch in Bonn informierte, gehören acht Millionen Kinder, die an solchen vermeidbaren Krankheiten wie Masern, Durchfall, Beeinträchtigung der Atemwege, Diphtherie und Tetanus sterben. Dabei gestalten sich Impfaktionen durchaus erfolgreich.

Kritisch angemerkt wurde, daß 145 Millionen Kinder praktisch vom Schulbesuch ausgeschlossen sind.

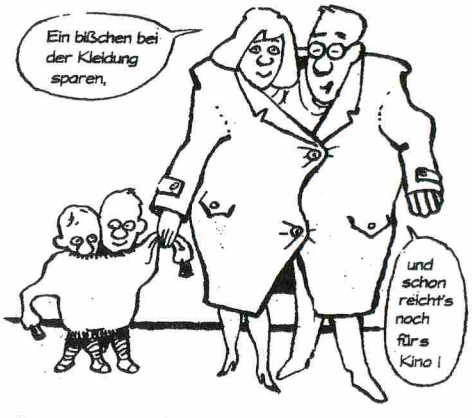
Schlechte Noten bekamen die meisten Industrieländer. Trotz der nach dem Ende des Kalten Krieges erreichten jährlichen Einsparung von 250 Milliarden Dollar für Militärs sank die Entwicklungshilfe auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Deutschland gebe pro Kopf und Jahr nur 117 DM, die USA ganze 53 DM aus. Dänemark dagegen wende 390 DM auf. In den USA lebe jedes fünfte Kind unterhalb der Armutsgrenze. Über die Hälfte der alleinerziehenden Mütter in den USA, Kanada und Australien muß mit weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens wirtschaften. Die Konvention über die Rechte des Kindes ist von 187 Regierungen unterzeichnet worden. 14 Staaten integrierten sie in ihre Verfassung, 35 erließen entsprechende Gesetze. Nur 44 berichteten dem Genfer Kinderrechtskomitee über die Verwirklichung der Grundsätze.

Wie kinderfreundlich ist eigentlich die Bundesrepublik? Stichworte beleuchten die Situation: Bundesweit gibt es pro Jahr 100.000 Sterbefälle mehr als Geburten. In Zeitungsanzeigen immer wieder zu lesen: „jüngere Mieter mit Kindern unerwünscht". Der Jahresumsatz von Hunde- und Katzenfutter liegt deutlich über dem von Babynahrung. Eine Mill. von 12 Mill. Kindern lebt von Sozialhilfe. Es gibt 500 tote Kinder pro Jahr im Straßenverkehr und immer mehr obdachlose Kinder. 7% aller Diebe sind Kinder. Von 12.500 ermittelten Tätern (Körperverletzung) sind 471 Kinder bis 14 Jahre.

Diese allgemeine Entwicklung geht auch an unserer Stadt nicht vorbei. Die Kommunalpolitiker sollten das registrieren. Natürlich kostet das kommunale Engagement für Kinder und Jugendliche viel Geld. Aber es ist gut angelegtes Geld und eine Investition in die Zukunft. Die Fraktion der DKP/OL hat nicht zuletzt deshalb in ihrem ersten Antrag der laufenden Legislaturperiode ein Kindertagesstätten-Sofortprogramm gefordert. Es gibt mehr Kita-Plätze. Wir werden uns auch weiterhin jeder Erhöhung von Kindergarten-Gebühren entschieden widersetzen. Nur mit diesem Herangehen kann man der allgemeinen Entwicklung wenigstens etwas entgegensetzen.

Fehl am Platz

Zur Feier der erweiterten KITA I in Walldorf hat die Stadt eine Einladung zum Stadtteil- und Sommerfest verteilt. Vierfarbig wird die Einrichtung dargestellt, es gibt ein Grußwort des Bürgermeisters, die am Bau beteiligten Firmen und Sponsoren des Faltblatts werden benannt. *„Fotos, Layout, Texte und Bearbeitung: Inge Auer"* heißt es im Impressum. Die Assistentin des Bürgermeisters schreibt hier u.a.: *„Täglich gibt es frische Kost, schmack- und nahrhaft. Alles hat seinen Preis - wie lange dies noch öffentlich gefördert werden kann, muß entschieden werden."* Formulierungen wie diese kann der Bürgermeister in einer Vorlage für den Magistrat oder das Parlament verwenden, sie mögen auch als Vorschläge der SPD oder CDU taugen, in einem Informations- und Einladungsblatt der Stadt sind sie völlig fehl am Platz! GS



Leeres Gerede

Da war doch letzthin in der Zeitung zu lesen, daß der Ortsbezirksvorsitzende Vorndran, der die SPD-Liste bei der Kommunalwahl '97 anführen soll, in einer Versammlung *„immer höhere Gewinne der Großfirmen bei immer geringeren Steuerzahlungen dieser Unternehmen bemängelte."* Recht hat er - nur daß er und seine Partei vor Ort dem nichts entgegensetzen. So haben unter Federführung seiner Sozialdemokraten SPD und Grüne erst kürzlich wieder mit der Anhebung von Gebühren und Beiträgen dem „kleinen Mann" in die Tasche gegriffen. Eine Anhebung der örtlichen Gewerbesteuer - laut Stadtkämmerer Vorndran eine „Großbetriebssteuer" - die die DKP/Offene Liste wollte, lehnten sie ebenso ab, wie eine nennenswerte Anhebung der Straßenreinigungsgebühr, die vor allem in den Gewerbegebieten fällig wird. Also, doch nur leeres Gerede.

Zwei Tage in Wageningen Stadt der Befreiung

51 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nahmen erstmals offiziell Deutsche an den Befreiungsfeierlichkeiten am 4./5. Mai in den Niederlanden teil. Auf Einladung des Bürgermeisters unserer Partnerstadt Wageningen, die 1945 Unterzeichnungsort der deutschen Kapitulation war, wurde diese Ehre einer Delegation aus Mörfelden-Walldorf zuteil. Zehn Jahre nach der Besiegelung einer „Partnerschaft für den Frieden" wurde damit ein weiterer Schritt getan, die gemeinsame Verantwortung für Frieden und Freiheit zu unterstreichen. Den Freunden aus Wageningen und allen, die diese beachtliche Geste befürwortet haben, herzlichen Dank.

In den zwei Tagen stand eine ganze Reihe hochrangiger Veranstaltungen auf dem Programm. Neben den Vertretern aus Mörfelden-Walldorf waren auch Gäste aus den Partnerstädten Gödöllö und Laslovo eingeladen.
So gab es nach der Begrüßung durch Bürgermeister Jager und einem gemeinsamen Essen, an dem auch Mitglieder verschiedener Stiftungen und Plattformen teilnahmen, eine Aussprache im Rathaus über das Laslovoprojekt. Hier soll im ehemaligen Jugoslawien der Wiederaufbau einer Schule unterstützt werden, um die Entwicklung sozialer Strukturen zu fördern. In Wageningen wird die finanzielle Unterstützung durch Spendensammlung in der Bürgerschaft organisiert, wobei die Stadt den gesammelten Betrag verdoppelt. Zur Unterstützung dieses Projekts wird auch ein Beitrag unserer Stadt gefragt sein - man muß sich Gedanken machen.
Der Abend des 4. Mai stand zunächst im Zeichen der Trauer und des Gedenkens an die Opfer von Besetzung und Krieg. In der Großen Kirche am Markt nahmen die Delegationen an einem bewegenden Gedächtniskonzert teil und um Mitternacht wurde unter großer Beteiligung der Bevölkerung am Befreiungsdenkmal am Platz des 5. Mai das „Befreiungsfeuer" angezündet. Hier wurden die deutschen Gäste aus Mörfelden-Walldorf offiziell begrüßt und von den versammelten Menschen herzlich aufgenommen.
Das Entzünden des Befreiungsfeuers, das von Gruppen Jugendlicher ins Land getragen wurde, war das Signal für den Beginn der Befreiungsfeier, die in Wageningen mit viel Musik und Tanz begangen wird und an der die Jugend regen Anteil nimmt.
Am Vormittag des 5. Mai gab es einen Kongreß zum Thema „Freiheit braucht Unterhalt", mit dem in den Niederlanden eine neue Seite der Beziehungen und des Wahrnehmens internationaler Verantwortung aufgeschlagen werden soll. Auch im Rahmen dieses Kongresses wurden die Gäste aus Mörfelden-Walldorf herzlich begrüßt, hier ausdrücklich vom Vorsitzenden des „Nationalkomitees des Gedenkens der Kapitulation".
Anschließend nahmen die Delegationen an der Nationalen Gedenkveranstaltung in der Johannes-der-Täufer-Kirche teil, an die sich eine Kranzniederlegung anschloß. Dazu hatten die Delegationen Plätze auf der Ehrentribüne, vor der Prinz Bernhard der Niederlande die Parade der „alten und neuen" Veteranen und der Streitkräfte abnahm.
Auf einer Pressekonferenz für die ausländischen Delegationen im „Hotel de Wereld", dem Schauplatz der Kapitulation von 1945, gab es viele Fragen an die Teilnehmer nach den Eindrücken und Erfahrungen der beiden Tage.
Mit der offiziellen Teilnahme an den Nationalen Befreiungsfeiern der Niederlande auf Einladung des Bürgermeisters von Wageningen wurde 51 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein großer Schritt getan, zu dem „Diplomatie von unten", die „Friedenspartnerschaft" zweier Städte, die vor zehn Jahren begonnen wurde, viel beigetragen hat.

Wir haben in den zwei Tagen viel offene Aufnahme gefunden, bei manchen auch verständliche Zurückhaltung, weil sie persönlich oder Familienangehörige Opfer von Krieg und Faschismus sind, nirgends Ablehnung und das läßt für die Zukunft der Partnerschaft mit Wageningen noch einiges erwarten.
Dazu wollen wir mit dem „blickpunkt", der auch in Wageningen gelesen wird, beitragen.
Als Mitglied der Delegation unserer Stadt war ich zum ersten mal in unserer Partnerstadt, aber bestimmt nicht zum letzten mal. Ich freue mich auf das nächste Treffen mit Freunden.

Gerd Schulmeyer, Fraktionsvorsitzender DKP/OL

Liedermacher Fredrik Vahle in Mörfelden

Am 8. November 1996
gibt es um 16 Uhr
eine Veranstaltung
mit Fredrik Vahle
im Bürgerhaus Mörfelden.

Eltern und Kinder
sollten sich diesen Termin
schon jetzt fest vormerken.

DKP intern

Vorbereitung auf die Kommunalwahl 1997

Die DKP Mörfelden-Walldorf bereitet sich auf die Kommunalwahl 1997 vor. Mitglieder der DKP und Parteilose berieten in einer ersten Aussprache über Programm, Personen und Fragen der Organisation des Wahlkampfs, zu der DKP, DKP/Offene Liste-Stadtverordnetenfraktion und Magistratsmitglied, sowie der „blickpunkt" eingeladen hatten.

Übereinstimmend wurde die Notwendigkeit der Kandidatur einer „linken Opposition" in unserer Stadt festgestellt. Hauptthemen für ein Programm sollen soziale Fragen, Gebührenpolitik, 3. Stadtrat und Fragen der Stadtplanung und Umweltpolitik sein. Darüber hinaus sollen alle, die die Kandidatur als DKP/Offene Liste unterstützen wollen, oder auch eine Kandidatur als linke Opposition unter Beteiligung der DKP unter einem anderen gemeinsamen Namen mittragen, die Möglichkeit haben, Inhalte mitzugestalten.

Das erste Gespräch war ein Einstieg in die Vorbereitung auf die Kommunalwahl 1997. Im Juni geht's weiter. Wer Interesse hat, kann sich bei der „blickpunkt"-Redaktion melden.

Schlechter Start zum neuen Fahrplan

Ausgesprochen schlecht war der Start zum neuen Fahrplan. Nach Frankfurt fielen drei Züge in Folge zwischen 6.56 und 7.39 Uhr aus. Etwa 400 Personen standen in Walldorf und noch einmal so viele in Mörfelden auf dem Bahnsteig. Der Zug um 7.55 Uhr konnte die Fahrgäste natürlich nicht alle fassen. Am nächsten Tag eine Besserung: nur ein Zug fiel aus. Vielleicht reibt sich der Stadtkämmerer die Hände, denn logischerweise zahlt die Bahn dem RMV und dieser der Stadt Geld zurück für Leistungen, die nicht erbracht wurden. Oder?

Alle Jahre wieder . . .

Der öffentliche Nahverkehr ist ein Stiefkind unserer ach so modernen Wirtschaftsgesellschaft. Das 'Arme-Leute-Verkehrsmittel' wird als Defizitbetrieb an den Tropf der öffentlichen Haushalte gehängt. Den Ausweg sehen die Kommunen, Kreise und Länder, die den RMV tragen, in Preiserhöhungen. Mit der Fahrplanänderung Ende Mai gibt es auch einen neuen - höheren - Preiskatalog. Die Monatskarte nach Frankfurt kostet dann wieder fünf Mark mehr. Die Einzelkarte steigt um 20 Pfennig auf 5,70 DM - einfache Fahrt! Die Zeit scheint nicht mehr fern, da Fahrgäste wieder Selbstfahrer werden - mit dem eigenen Auto oder dem Fahrrad. Die einzige Verbesserung ist, daß es wieder 24-Std.Tickets gibt.
Der Service wird schlechter, die Preise höher! Die Verspätungen nehmen zu. Die Defekte an Zugmaterial sind teils bedrohlich. Die Sauberkeit läßt zu wünschen übrig. Oft hat man den Eindruck, als wären dies alles vergrämende Maßnahmen gegenüber den Fahrgästen.

An's Telefon kleben!

Die Telefon-Nummer der Fluglärm-Beschwerde-Stelle:

069 / 69 02 20 01

Wald zum Segeln

Man glaubt es kaum, doch leider ist es wahr. In unsere Region wird Wald gefällt, um in den Kieslöchern zu segeln. Mit dieser Begründung betreibt Langen und mit ihr die Sehring-Kiesfirma ein Planfeststellungsverfahren zur Auskiesung von weiteren 17,5 ha Wald. Nur am Rande wird auch erwähnt, daß es um die Sicherung von einigen hundert Arbeitsplätzen und um das produktionsnahe Kiesangebot geht. Seit vielen Jahren plant man ein riesiges Freizeigelände mit Hotels, Regattastrecke und anderen Sportangeboten. Die Vorstellungen sind konkretisiert: Buslinien sollen von Frankfurt aus das Gelände anfahren. Parkplätze in Nachbarstädten (die von diesen Buslinien ebenfalls bedient werden) stehen zur Verfügung. Auch das Industriegebiet im Osten Mörfeldens ist dafür auserkoren. Gefragt hat man unsere Stadt natürlich noch nicht; aus Zeitungsartikeln war dies zu erfahren. Weil das Gelände an unsere Gemarkung grenzt, ist die Stellungnahme zum Waldeinschlag und der Vergrößerung der Wasserfläche gefordert. Gefahren für unseren Wald wegen möglicher Grundwasserabsenkung und Gefahren für unsere Trinkwasserbrunnen durch etwaige Verunreinigungen sind gegeben. Daher hat sich die Stadt in einer Stellungnahme gegen die Pläne gewandt.
Die Frage ist immer wieder, ob es überhaupt noch verantwortbar ist, Wald in dieser Größenordnung zu roden. Da ist eine Schnellbahn im Bau, dort ist es eine Industrieansiedlung. Meist kommt man mit dem 'Totschlagargument': Arbeitsplätze. Nun gar scheut man sich nicht für Freizeitgelände Wald abzuholzen. Das muß ja nun wirklich nicht sein! rd

Ende der „Gruselwochen"

Die Stadt sucht einen neuen Pächter für den Goldenen Apfel. Es war sicher nicht nur Anstoß an der „Erlebnisgastronomie" mit den unappetitlichen „Gruselwochen" (der „blickpunkt" berichtete), die den Magistrat zu diesem Schritt bewegten. Hoffentlich gibt es ein paar interessante Bewerberinnen und Bewerber, nicht daß das Haus zum Jahresende erst mal leer steht.

Trimm-dich-Pfade

Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre boomte es in der Freizeitsportbewegung. Sog. Trimm-Dich-Pfade entstanden in jedem Ort und wurden von den Sportverbänden und Ministerien und auch von der Sportmedizin unterstützt. In Mörfelden-Walldorf entstanden zwei solcher Trimm-Parcours. Die DKP-Fraktion hatte sich dafür stark gemacht. Jetzt müßten die Sporteinrichtungen für Hobbysportler renoviert, saniert und Stationen ersetzt werden. Das kostet Geld. Da ruft man eine Diskussionsrunde ein und empfiehlt dann, daß diese Einrichtungen nicht mehr zeitgemäß sind und vom gesundheitlichen Standpunkt gefährlich. Klar, daß Vereinsvertreter in ihrer Beurteilung befangen sind. Die Parcours-Läufer sind nicht vereinsgebunden. Die Kompetenz der meisten Diskutanten darf in Zweifel gezogen werden.
Die Trimm-Pfade sollten erhalten werden, Hinweisschilder am Beginn aufklären, daß die Aufwärmphase des Körpers entsprechend lang sein sollte, bevor die erste Übung beginnt (man sollte wenigstens anfangen zu schwitzen). Einige Übungsstationen, die als bedenklich einzustufen sind, kann man durch andere, leichtere, doch effektive, ersetzen. Ein Gedanke für die Einrichtung der Sportpfade war doch, daß man nicht eine bestimmte Sportart auswählen muß, daß der ganze Körper einbezogen wird, daß man ungezwungen von Tageszeit und Trainingsstunden in den Sport und die Bewegung 'hineinschnuppert'. Was spielerisch trainiert wird mit Liegestützen, Kniebeugen, Balance- oder Dehnübungen, kann doch nicht alles falsch gewesen sein. Wer präsentiert die Liste von Patienten, die sich auf diesen Pfaden verletzten und sich dauerhafte Schäden zugezogen haben? Und ist das, was heute an Bewegungsübungen und sog. Rückenschulen angeboten wird, vielleicht auch in zwei Jahrzehnten alt, überholt und gesundheitsschädlich? Wir leben in einer schnellebigen Zeit.
rd

Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Mußte erst eine Frau totgebissen werden?

Die Meldung über den grausamen Vorfall, bei dem eine 53jährige Frau bei dem Besuch ihrer Bekannten auf einem Grundstück in der Gemarkung Mörfelden von einem Kampfhund totgebissen wurde, ging inzwischen durch alle Medien. Dies ist verständlich, denn Zwischenfälle mit gefährlichen Hunden bewegen die Gemüter der Bürger. Neben schweren Bißverletzungen, die sich in letzter Zeit häufen, gibt es immer wieder Todesfälle , wie vor noch nicht allzulanger Zeit in Frankfurt, als eine Frau auf dem Bürgersteig von einem Hund angefallen wurde.
Viele Bürger sind darüber erregt, daß es sich oft um zu Aggressivität neigende Hunderassen handelte, die als sogenannte Kampfhunde gezüchtet und nicht selten von ihren Haltern zu beißwütigen Bestien getrimmt wurden.
In Mörfelden hätte es zu dem tragischen Ereignis nicht kommen müssen. Hier liegen eindeutig Versäumnisse der Behörden vor. Als vor zwei Jahren bekannt wurde, daß jemand im Außenbereich unerlaubterweise ein Grundstück über zwei Meter hoch einzäunte, Hütten und Container errichtete, sowie einen Schrotthandel betrieb, wurde bereits das hiesige Ordnungsamt tätig und benachrichtigte das zuständige Kreisbauamt. Besitzer von Nachbargrundstücken beschwerten sich auf dem Rathaus und bei der Polizei, daß besagter Schrotthändler mit LKW's alte Autos dort anfahre und diese ausschlachte, Kunststoff und Kabel abbrenne, wobei das Feuer mit Altöl und Reifen unterstützt, große schwarze Rauchfahnen entwickle. Inzwischen, seit etwa Mitte 1995, wohnte die gesamte Familie, 2 Erwachsene und 6 Kinder, auf dem Ackergrundstück mit zeitweise fünf Hunden, mit Schweinen, Pferden und weiteren Haustieren. Aufgrund der Räumungsverfügung durch den Kreis, stellte die Stadt der Familie ab Anfang Januar 1996 eine Obdachlosenwohnung im Stadtteil Walldorf zur Verfügung. Von diesem Tag an hätte das Kreisbauamt tätig werden müssen, aber nichts ist geschehen. Die Hunde konnten in der Wohnung nicht gehalten werden, sodaß diese sich weiterhin auf dem noch nicht geräumten Grundstück befanden. Zuletzt waren es noch drei Stück der Rasse Staffordshire-Terrier, die auch als Kampfhunde bezeichnet werden. Weiterhin war zu erfahren, daß der Besitzer diese Hunde auf dem Grundstück züchtete und abrichtete und auch verkaufte.

Wie Grundstücksnachbarn berichteten, bestand seither schon und auch heute noch Angst vor Belästigungen. Die Hunde liefen frei und ohne Leinen, auch außerhalb des Grundstückes, und wurden vom Besitzer an Bäume gehetzt, an deren Äste sie sich verbissen. So mancher getraute sich nur mit einer Eisenstange auf sein Grundstück.
Das alles macht deutlich, daß der tragische Vorfall mit tödlichem Ausgang nicht hätte passieren müssen. Warnungen und Beschwerden über die Machenschaften des Schrotthändlers und über die Gefährlichkeit der Hunde, wurden mehrfach im Rathaus vorgebracht und an die Magistratsmitglieder, herangetragen. Das Kreisbauamt hätte spätestens ab Januar 1996 freie Hand zur Räumung des Grundstückes und damit zur Beseitigung der Gefahr für Mensch und Umwelt gehabt. Geschehen ist bis heute nichts. Hat sich der Kreis etwa vor den Kosten und der Arbeit, die durch die Räumung entstanden wären, gedrückt? Jetzt muß endlich gehandelt werden!

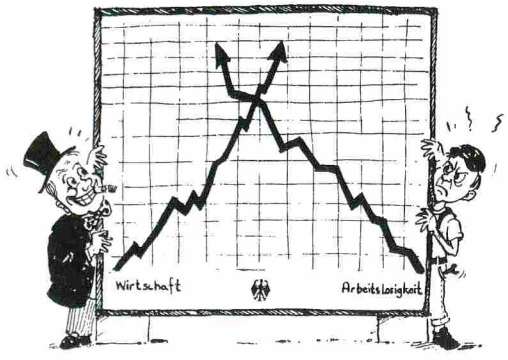
H. Hechler

Sind wir auf den Hund gekommen?

Der aktuelle Anlaß eines tragischen Unfalls zeigt überdeutlich, welchen Stellenwert die Hundehaltung in unserer Gesellschaft eingenommen hat. Der Polizist im Hessenschau-Bericht vermutete ein evtl. Fehlverhalten der angegriffenen und tödlich verletzten Frau. Soweit sind wir schon, daß man eine Person, die sich arglos bewegt, zu einer Täterin stempelt. Klar, daß sie dafür büßen mußte - so wäre die logische Schlußfolgerung. Der Läufer im Wald, der von einem Hund verfolgt wird - klar, warum läuft der auch? Und bei jeder unfreundlichen Begegnung hört man dann: 'Der macht nichts', oder 'bleiben Sie stehen, der will nur spielen'. Und wehe, man wehrt sich gegen solche Hunde! Schläge und Anzeigen werden angedroht.
Die Verschmutzung der Wege und öffentlichen Plätze, gar Kinderspielplätze durch Hunde ist an der Tagesordnung. Manche Hundehalter haben sogar die Kühnheit zu behaupten, daß durch die paar Mark Hundesteuer ein Anrecht bestehe, die Hinterlassenschaften ihrer Vierbeiner auf Wegen zu dulden. Nicht wenige Hunde sind wegen ihrer Erziehung und Haltung verhaltensgestört. Tiere als 'Statussymbol', als 'Betthupferl' - da kann man sehr wohl die Meinung vertreten, daß die Menschen bereits auf den Hund gekommen sind.
Die Diskussion um Hundehaltung wird durch das aktuelle Ereignis neu angeheizt. Sog. Kampfhunde sind gefährliche Tiere und die Menschen gehören vor ihnen geschützt. Doch was sind Kampfhunde? Kann nicht aus jedem Hund ein aggressives Tier gemacht werden, das dann - je nach Größe - unterschiedlich gefährlich ist? Nicht die Tiere sind zu verurteilen, sondern die Hundehalter. Die Frage ob die Hundehaltung in Ordnung ist, ist berechtigt. Schlimme Auswüchse gibt es. Artgerechtes Halten und damit ein Beitrag zum Tierschutz wäre, wenn ein Hund nicht nur anmeldepflichtig wäre, damit die Hundesteuer bezahlt wird, sondern genehmigungspflichtig. Dann könnte eingeschätzt und beurteilt werden, wie ein Tier gehalten wird, welche Person sich welchen Hund hält. In Mörfelden-Walldorf gibt es 1130 angemeldete Hunde, wieviele es wirklich sind, ist nicht festzustellen. Eine Hundeordnung gibt es in unserer Stadt nicht. Dafür sind wir zu liberal eingestellt. Anleinen braucht man nicht, auch nicht im Wald. Behälter für Hundekot oder Hundetoiletten - andere Kommunen haben sie - gibt es bei uns nicht. Ein Verbot von Kampfhunden oder ein Berechtigungsnachweis zum Halten solcher Hunde gibt es bei uns nicht. Mal sehen, wie das weitergeht. rd

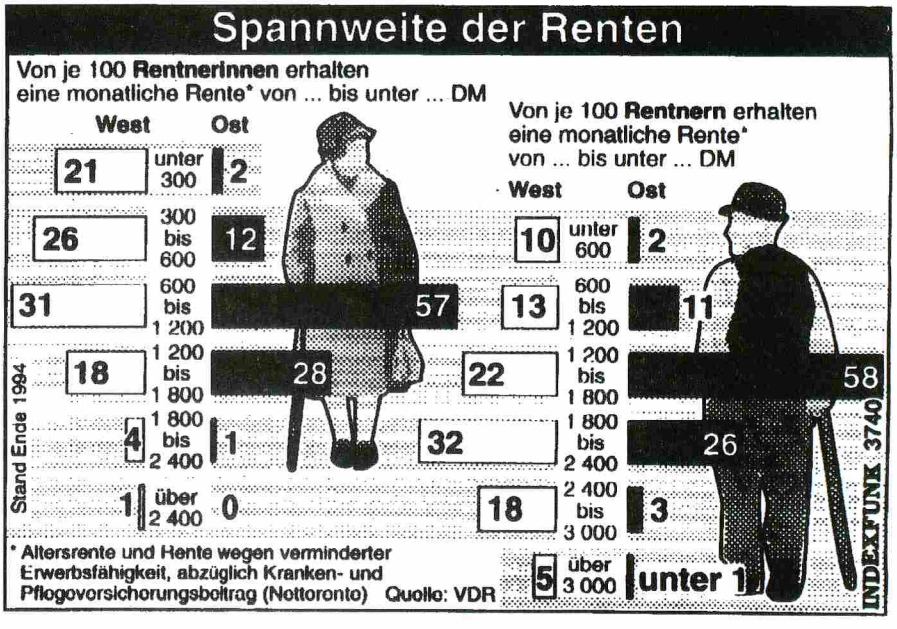
Die Lüge vom Generationsvertrag

Weil die „egoistischen Deutschen immer weniger Kinder bekommen", sind die Rentenkassen leer. Denn: jede Generation erarbeitet solidarisch die Renten der vorhergehenden. Das ist die allgemeine, von vielen plausibel empfundene Erklärung. Eine Lüge!
Die Rentenversicherung beruht (die normale Lebenserwartung zugrundegelegt) auf folgender Berechnung: Jeder Arbeiter und Angestellte bezahlt 40 Jahre lang seine Beiträge anteilig in die Rentenkasse. Diese im Laufe eines normalen Berufslebens zusammengekommene Summe (mit Verzinsung) ist ausreichend, um dem Versicherten bis zu seinem Tode seine Rente zu sichern. Sie reicht darüber hinaus für eine Hinterbliebenen-Rente, für die noch einmal 5 Jahre einkalkuliert sind. Und dann bleibt sogar noch ein gewisser Überschuß übrig. Diese Reserve betrug in den 50er Jahren einige Milliarden DM, die mit den Jahren vom Staat für andere Zwecke entnommen wurden.
Zur Rolle des Staates: Da aus dem Rententopf stets auch Leistungen erbracht werden, für die keine Beiträge bezahlt worden sind (z.B. Renten von Vertriebenen, Aus- und Übersiedlern), zahlt der Staat jährlich einen bestimmten Zuschuß. In den 50er Jahren betrug dieser Staatsanteil etwa 30%. Heute liegt er nur noch bei 17%, obwohl die sog. sachfremden Leistungen (insbesondere durch die Ost-Renten) zugenommen haben. Die Beiträge der Versicherten dagegen sind von 11% in den 50er Jahren auf heute 19,2% gestiegen. Würden alle Fremdleistungen aus Steuermitteln bezahlt, könnte der Beitrag auf 16,4% gesenkt werden. Wenn es heute heißt, die Kasse sei leer und die Renten nicht mehr sicher, dann liegt das allein an der Bundesregierung - und an der hohen Arbeitslosigkeit. Aber keine Rentnerin und kein Rentner braucht sich sagen zu lassen, andere müßten für sie arbeiten; sie haben ihre Rente durch ihre eigenen Versicherungsbeiträge redlich selbst verdient.



Betrug an den Rentnern

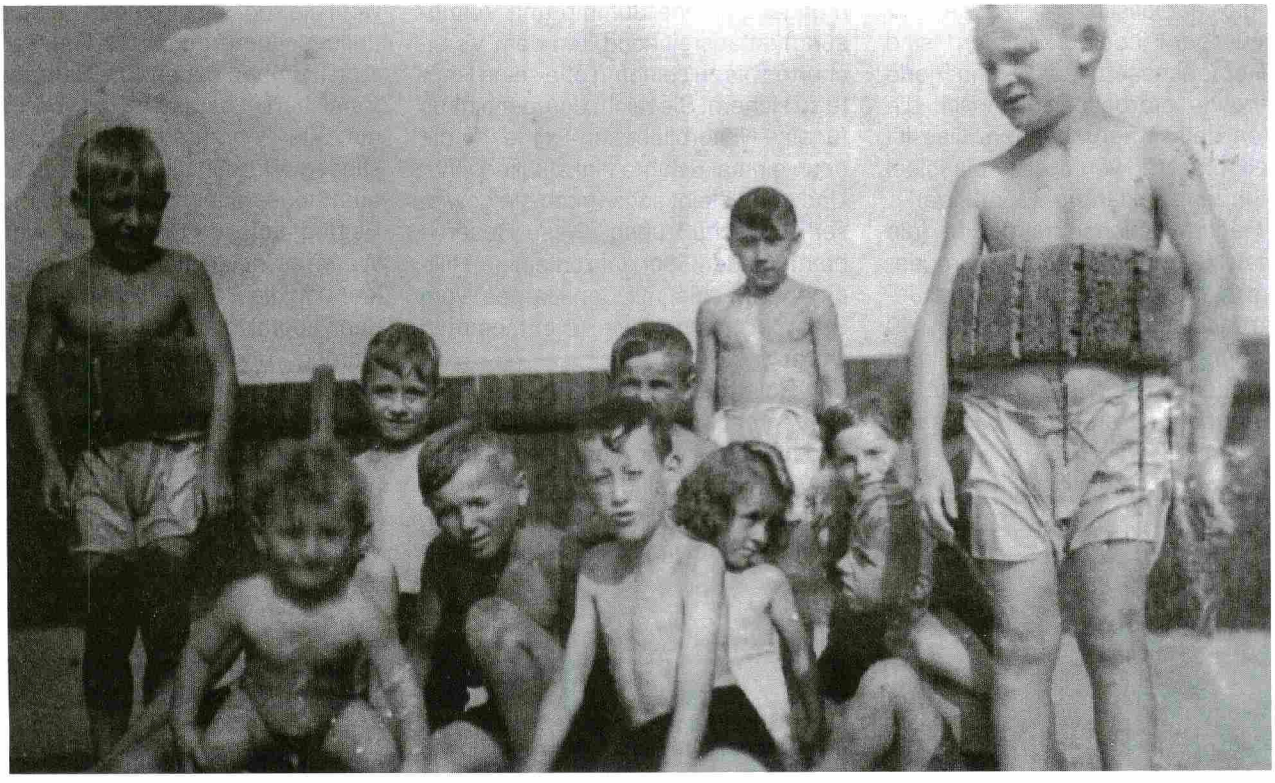
Kohl und Blüm haben vor der Wahl und zuletzt noch vor den Landtagswahlen am 24.März 1996 zugesichert, daß die Renten nicht angetastet werden. Jetzt will die Bonner Koalition auch den Rentnern an das Portemonnaie. Finanzminister Theo Waigel (CSU) will die Renten höher besteuern. Waigel:"Bei der Suche nach Einschnitten in Renten- und Sozialleistungen darf es keine Tabus geben, alles steht auf dem Prüfstand".
Als erste Maßnahme aus dem Sparpaket beschloß das Kabinett Kohl die Anhebung der Renten-Altersgrenze bei Frauen auf 65 Jahre. Wer nach 1942 geboren, soll bis 65 arbeiten, andernfalls gibt es für jeden Monat einen Abzug. Beim Ruhestand mit 60 bedeutet dies eine Renteneinbuße von immerhin 18 Prozent. Berufstätige und Rentner, die gemeinsam am 15. Juni mit den 350.000 in Bonn demonstriert haben, taten das einzig richtige. Bereits am 18.Juni „überlegt" die Regierung, den Termin für die Anhebung der Altersgrenze zu verschieben. Druck und Protest von unten ist die einzige Sprache, die man in der Regierung und bei den Oberen der Wirtschaft versteht. Der Druck muß fortgesetzt werden. Die Wählerinnen und Wähler der CDU/CSU und der FDP, auch in unserer Stadt, sollten bei den nächsten Wahlen (auch bei den Kommunalwahlen 1997) daran denken.



Renten in Deutschland, Stand Anfang 1995 (Aus: FR, 8. Mai 1996)

Am 1. Juli 1995 gab es nur eine geringfügige Erhöhung von 0,6 %. Am 1. Juli 1996 gibt es nun eine „gewaltige" Erhöhung von sage und schreibe von 0,46% auf die Nettorente. Das bedeutet in Zahlen, bei einer Durchschnittsrente bei Frauen in den alten Bundesländern von etwa 700,-DM, etwa 3,22 DM. Bei Männern, bei einer Durchschnittsrente von etwa 1900,-DM, beträgt die Erhöhung 8,74 DM. Die vorgesehene Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten sah da aber anders aus. Die Erhöhung wurde auf Grund der Stimmung in der Bevölkerung verschoben. Der frühere SPD-Geschäftsführer Verheugen meinte, man hätte die Erhöhung dieses Jahr den Bürgern nicht „vermitteln" können.

Stadtgeschichten



Elf „mutige“ Schwimmerinnen und Schwimmer stellen sich hier, etwa im Sommer 1944, im Mörfelder Schwimmbad dem Fotografen zur Verfügung. Die beiden Buben rechts und links stehen auf dem Standpunkt, „Wasser hat keine Balken, da kann man sich nicht halten“. Sie zogen vorsichtshalber die im Schwimmbad vorhandenen Kork-Schwimmgürtel um. Die meisten Kinder, auch die auf unserem Foto, tummelten sich im alten Mörfelder Schwimmbad gern auf der Ostseite vor dem Bretterzaun. Hier war auf einer großen Fläche strandähnlich weißer Sand ausgebreitet. Nach längerem Wasseraufenthalt, ausgekühlt und mit blauen Lippen, wurde erst einmal im heißen Sand eingegraben.

Unser Bild zeigt von links nach rechts: Ernst Lotz, Rainer Haag, Klaus Schulmeyer, Gerhard Arndt, Willi Hechler, Karl Arndt, Irene Fritz, Paul Frees, Irma Schulmeyer, Gerhard Schulmeyer und Walter Dörr.

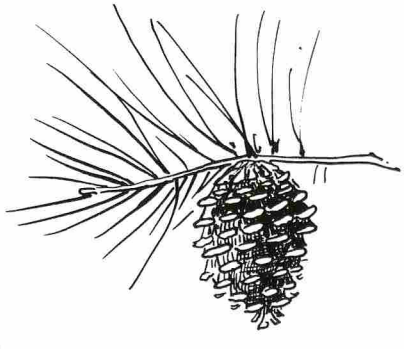
20. Juli 1996

Grillfest der DKP „Goldener Apfel“

Große Tombola

Spaß und Unterhaltung

Unser Lexikon



Dannegickel

Tannenzapfen

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.